

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

65. Sitzung
3. Mai 2021

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.34 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Eva Marie Plonske (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

Welche Auswirkungen hat das novellierte Infektionsschutzgesetz auf die Arbeit der Berliner Hochschulen?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, dass die noch stattfindenden Präsenzformate an Hochschulen laut der Gesetzesbegründung zum Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung nicht von den Inzidenzschwellenwerten von 100 bzw. 165 betroffen seien. Die bisherigen Regelungen blieben aktiv. Die SKzl und die Hochschulen hofften, bei einer voraussichtlichen Inzidenz von unter 100 Ende Mai/Anfang Juni auch Präsenzangebote an Bibliotheken und Mensen machen zu können.

Stefan Förster (FDP) fragt nach, wie es dazu gekommen sei, dass im Gesetz Hochschulen mit Grundschulen gleichgestellt worden seien.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) führt dies auf die beschleunigte Ausarbeitung des Gesetzes zurück. Die Wissenschaftsressorts der Länder hätten umgehend mit einem offenen

Brief reagiert. Es sei bedauerlich, dass sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung in den Beratungen nicht entsprechend im Sinne der Hochschulen eingebracht habe.

Tobias Schulze (LINKE) erkundigt sich nach dem Umfang und den Ursachen des Cyberangriffs auf die Computersysteme der TU Berlin in der vergangenen Woche.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) berichtet, dass aufgrund des Angriffs die Windows-Umgebung heruntergefahren wurde. Damit seien der E-Mail-Verkehr, die Cloud, der VPN-Client und SAP-Anwendungen der TU außer Betrieb. Die TU habe einen Notfallstab eingerichtet, arbeite mit externen Sicherheitsexpertinnen und -experten, der Datenschutzbehörde sowie dem LKA zusammen. Die interne Kommunikation sei mit Webex sichergestellt, auch die Lehre und Forschung würden mit leichten Einschränkungen aufrechterhalten. Die TU informiere auf ihrer Webseite über den aktuellen Stand.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Kein Berichtsbedarf.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Projekte und Arbeitsschwerpunkte des IGAFÄ-
Forschungsnetzwerks des Technologieparks
Adlershof**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0138](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Studium, Lehre und die soziale Lage der
Studierenden unter den Rahmenbedingungen der
Pandemie im Sommersemester 2021**
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[0142](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3418

Leben retten – dauerhafte finanzielle Sicherung der Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO)

[0136](#)
WissForsch
GesPflGleich(f)
Haupt
InnSichO

Adrian Grasse (CDU) erläutert, dass Schlaganfall eine der häufigsten Todesursachen sei, in Berlin träten ca. 12 000 Fälle pro Jahr auf. Der Einsatz der STEMO-Fahrzeuge verbessere die Prognose der Patienten deutlich, dennoch unterstützten Teile der Koalition das Forschungsprojekt nicht. Die CDU fordere eine dauerhafte Finanzierung sowie die Anschaffung von zwei bis drei weiteren Fahrzeugen, um die Versorgung sicherzustellen.

Stefan Förster (FDP) vertritt den Standpunkt, dass STEMO eine sinnvolle Ergänzung des medizinischen Systems sei, auch hätten Charité-Vorsitzende gebeten, den Modellversuch nicht abubrechen. Aus wissenschaftspolitischer Sicht stimme die FDP dem Antrag zu.

Tobias Schulze (LINKE) teilt die Ansicht, dass das Projekt wissenschaftspolitisch spannend sei. Die Kosten-Nutzen-Abwägung liege aber letztendlich bei den Haushältern, wobei die Belange der Feuerwehr zu berücksichtigen seien, deren Haushalt das Projekt betreffe.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) schließt sich ihrem Vorredner an. Die Studie liege mit positiven Ergebnissen vor, im Weiteren sei eine gesundheitspolitische Entscheidung zu treffen.

Adrian Grasse (CDU) weist darauf hin, dass der Antrag schon vor Beauftragung der Studie eingereicht worden sei. – Das Berichtsdatum des Antrags sei in „30. Juni 2021“ zu ändern.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, den Antrag – Drucksache 18/3418 – mit geändertem Berichtsdatum 30. Juni 2021 abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3509

Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen

lfd. Nr. 1 VO-Nr. 18/326 – Sechste Verordnung zur
Änderung der Hochschul-Wahlgrundsätze-Verordnung

[0140](#)
WissForsch

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) erläutert, dass die Verordnung den Hochschulen Rechtssicherheit für digitale Wahlen geben solle.

Stefan Förster (FDP) fragt, ob es seitens des Senats Empfehlungen gebe, wie digitale Wahlen datenschutzrechtlich konform und manipulationssicher durchgeführt werden könnten. Sei nach der Pandemie eine Rückkehr zum alten Verfahren geplant?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, das Verfahren sei nicht zeitlich begrenzt und mit Expertinnen und Experten sowie der LKRP abgestimmt. Bei Bedarf könne die SKzl für die Hochschulen eine Handreichung erstellen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung der Vorlage – Zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/3509 ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.